

# Halbesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 219 Nr. 66a

**Bezugspreis:** Ein Jahrgang 4 Mk. 12. Halbjahres 2 Mk. 20. Vierteljahrs 1 Mk. 10. Postzuschlag 20%.  
Einzelpreis 10 Pfennig. Einzelnummern 5 Pfennig.  
Annoncenpreis 5 Pfennig pro Zeile pro Tag. 10 Pfennig pro Woche. 25 Pfennig pro Monat. 1 Mark pro Vierteljahr. 4 Mark pro Jahr.  
Bestellungsstellen: Halle - Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Centrele 7801, abends von 7 Uhr an Zedlitzstr. 50/51 und 56/10 — Postfach Leipzig 2012.

**Halle - Saale**  
**Freitag, 19. März 1926**

**Einzelpreis:** 10 Pfennig.  
Annoncenpreis 5 Pfennig pro Zeile pro Tag. 10 Pfennig pro Woche. 25 Pfennig pro Monat. 1 Mark pro Vierteljahr. 4 Mark pro Jahr.  
Bestellungsstellen: Berlin, Bernauer Str. 50. Fernruf VII Kurfürst Tr. 6290  
Sächsische Zeitung, Leipzig. — Verlag von Otto Kühle, Halle-Saale

# Das Reichskabinett billigt Luthers Gründe

## Luthers Berichterstattung bei Hindenburg

### Die Ankunft der deutschen Delegation

**Berlin, 18. März.**  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Unter großen Vorherrschaften trafen die deutsche Delegation heute nachmittags 2 Uhr 57 im Sonderzug am Bahnhof Berlin ein. Es ist tatsächlich gelungen, die Ankunft geheim zu halten, so daß außer den nächst Beteiligten, den Angehörigen, Vertretern des diplomatischen Corps und Mitgliedern der Flotilla, niemand zugegen war, als nur die Vertreter der Presse, die viele Stunde eher erst spät mitgeteilt erhalten und nicht an die Öffentlichkeit geben durften.  
Gegen 5 Uhr nachmittags ging dann der Kanzler zum Reichspräsidenten von Hindenburg, mit dem er unter vier Augen und wiederum unter strengster Geheimhaltung eine Konferenz hatte, über deren Inhalt nichts an die Öffentlichkeit drang. In der sechsten Nachmittagsstunde trat dann das Reichskabinett zusammen, das bis nach 7 Uhr währte. Bis zur Stunde wird auch über diese Sitzung ein amtliches Kommuniqué nicht mitgeteilt. Es ist bezüglich der Unklarheit der Reichsregierung, daß die Regierungspartei und ihre Mitglieder geheimnisvoll von dem großen Zugführer absahen, die der Reichskanzler und der Außenminister als Antrag für das Genfer Debattat in der Tafel hatten.

**Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett den von der deutschen Delegation in Genf eingenommenen Standpunkt einmütig gebilligt.**  
Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Punkte eingebracht:  
„Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des bevorstehenden Zusammensturzes der Völkerbundkonferenz in Genf sofort vom Aufnahmegehalt Deutschlands in den Völkerbund zurückzutreten?“  
Ferner hat die kommunistische Reichstagsfraktion beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über den Völkerbund einen Widerspruch gegen das gesamte Kabinett einzubringen.

**Die Wintertagung des Döhrerbundes in Berlin?**  
Der Völkerbundrat hat sich, wie bekannt, in vertraulicher Besprechung darauf geeinigt, am Deutschen Reich eine moralische Genugtuung für die Ereignisse der letzten Woche zu geben, nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund eine der folgenden Maßnahmen wahrzunehmen: die Wintertagung, in Berlin abhalten zu lassen, falls die deutsche Regierung wie man annimmt, nach ihrem Beitritt eine entsprechende Einladung an den Rat erteilt.  
In der gestrigen Sitzung des Rates wurden in die Studienskommission die Vertreter folgender 15 Staaten gewählt: die Vertreter der zehn Mitgliedsstaaten des Rates, England, Frankreich, Italien, Japan, Spanien, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Belgien und Schweden. Dazu kommen die Vertreter der folgenden Staaten: Deutschland, Polen, Argentinien, die Schweiz und China.

**Die Sitzung des Völkerbundesrates,**  
in der die Einweisung einer Studienkommission zur Prüfung der Antragstellung beschlossen wurde, begann um 4.30 Uhr nachmittags. Zu Beginn der Sitzung wurde der Völkerbund, das Deutsche Reich, in seinem Bericht auf die Ereignisse der letzten vierzehn Tage hin, die die Einweisung einer Studienkommission, die am 10. März zusammenzutreten soll, notwendig gemacht hätten. Mit Rücksicht auf den von einer Reihe von Vertretern in der Versammlung ausgesprochenen Wunsch, eine möglichst große Anzahl von Mitgliedern in die Kommission zu wählen, folgte er dem Rat vor, auch Vertreter von benachteiligten Staaten hinzuzusetzen, die nicht Mitglieder des Rates seien. Der frühere Vorsitzende, der für die Kommission feigelegt wurde, würde es jedem Mitgliedstaat des Völkerbundes ermöglichen, vor der Vollerversammlung in September die Frage aufzugeworfen zu stellen und sich ein Urteil darüber zu bilden. Die von dem Rat vorgelegte Resolution, die vom Rat einstimmig angenommen wurde, lautet u. a.:

„Der Rat ist der Ansicht, daß es notwendig ist, die Völkerbundkommission die Zusammenfügung des Rates bestimmen, sowie die Anzahl der Mitglieder und die Art ihrer Wahl einer besonderen Kommission zur vorläufigen Prüfung zu übertragen. Die Kommission ist zu ernennen, welche der Rat der Vollerversammlung bisher gemacht haben, prüfen und insbesondere dem Völkerbundrat und den anderen Geschädigten Rechnung tragen, wie zu berücksichtigen Rat den Vollerversammlung ausgeprochen wurde. Der Kommission werden unter dem Namen Vertretern des Rates noch folgen.“

gende Staaten angehören: Deutschland, Argentinien, Polen, Chile und die Schweiz. Die Namen der Vertreter dieser fünf Staaten werden so schnell wie möglich dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt werden. Die Kommission wird am 10. März in Genf zusammenzutreten und einen Bericht an den Rat ausarbeiten. Falls die Kommission sich einverstanden sieht, einen einstimmigen Beschluß zu fassen, wird sie einen Bericht der Mehrheit und Minderheit abgeben.  
Neben die Frage der Einweisung einer vorbereitenden Kommission für die internationale Völkerbundkonferenz richtete der französische Außenminister Dr. Briand, Er wies eingangs auf die Zusammenfügung der gemischten Kommission hin und machte den Vorschlag, daß außer den bereits genannten Mitgliedern der gemischten Kommission vier weitere Mitglieder ernannt würden, die als Sonderdelegierte in Industrie und Verkehrsfragen fallen könnten und der folgende vier Staaten angehören müßten: Deutschland, die Vereinigten Staaten, Japan und die russische Sowjetrepublik. Als Termin für den Zusammenkunft der vorbereitenden Kommission für die Völkerbundkonferenz wird von dem Rat der 18. März festgelegt. Die gemischte Kommission soll erst dann zusammenzutreten, wenn die vorbereitende Kommission für die Völkerbundkonferenz ihre Tagung festgelegt hat. Der Rat beschloß hierzu, die Zahl der 18 Staaten, die zu der Tagung der vorbereitenden Kommission für die Völkerbundkonferenz eingeladen sind, um zwei weitere Staaten zu erhöhen und gleichzeitige Einladungen an Argentinien und Chile ergaben zu lassen. Im weiteren Verlauf der Ratssitzung wurde die Bereitschaft Amerikas, sich an dem internationalen Geschäfte zu beteiligen, behandelt. Um eine übereinstimmende Stellungnahme aller Völkerbundmitglieder zu den amerikanischen Vorbehalten zu ermöglichen, beschloß der Rat, die polnischen Vertreter, am 1. September in Genf gemeinsam in einer besonderen Versammlung zwischen einem Vertreter der Vereinigten Staaten und Vertretern der Völkerbundmitglieder die amerikanischen Vorbedingungen zu diskutieren.  
Der Rat beschäftigte sich dann mit dem polnisch-italienischen Grenzstreitigkeiten und nahm die Erklärung des polnischen Vertreters entgegen, daß die polnischen Vertreter unterhalb des Gebiet räumen würden, das sie immer noch in der Hand behalten haben. Zur Bearbeitung der Frage der Schaffung von internationalen Streitigkeiten auf diesem Gebiet wurde vom Rat eine Kommission gewählt, die aus dem Oberen Äh, Äh, Äh und Äh besteht.  
Dem Rat fand die Ratssitzung ihr Ende.

**Der Kanadier Stephens Saatchy**  
Der Völkerbundrat wählte in seiner gestrigen Sitzung zum Vorsitzenden der Saatchyregierung den Kanadier Stephens und zum französischen Mitglied als Nachfolger des Herrn Raoul den bisherigen Generalsekretär Rochel.  
Die Behandlung der Saatchy im Völkerbundrat ist kurz vor dem Auseinandergehen der Staatenvertreter noch in einem Eilmemo erfolgte, die auf der Kenzeichnung des französischen Vertreters, nach als eine Anzahl von Verantwortlichen der französischen Bevölkerung ergab, hat keine endgültige Entscheidung gefunden. Weiterhin bleibt dieser französische Völkerbundrat in übermäßigem Umfang noch bestehen, während der Wunsch der britischen Gewerkschaften und weiter noch zurückgeblieben wurde. Der ausgesprochene französische Völkerbundrat hat ausdrücklich festgestellt, daß zur Sicherstellung des Völkerbundes auf den Saatchyabenden französischen Truppen in der Nähe von Wien sein müßten — damit also das herausgefunden, worauf es den Franzosen allein ankomme, eine Sphäre für möglich, durch die in irgendeiner Form immer wieder französische Truppen in Saatchygebiet hineingelassen können.

**Der Schluß der Arbeitszeithkonferenz**  
London, 18. März.  
Die Londoner Arbeitszeithkonferenz wird heute abends beendet werden. Heute nachmittags hat die letzte, als letzte Sitzung stattgefunden, an die sich noch eine öffentliche Sitzung schließt, auf der die endgültigen Ergebnisse bekannt gegeben werden. Die deutsche Delegation zieht morgen früh nach Berlin zurück.

**Brands Kampf mit der Kammer**  
Paris, 18. März.  
Brands ist heute früh um 7 Uhr auf dem Avenue Rapp hinfahr, um dem Senat nun alles aus zu lassen, auf die Ministerpräsidenten zur Antwort: „Es hat einen großen Wunsch erfüllt, den er und dann hinderte, unsere Absicht zu verwirklichen, daß bedeutet das keine Abkehr. Alles bleibt unverändert.“ In die Übergang, daß wir uns sehr bald verständigen werden.“

Der Ministertrat trat heute vormittags um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zur endgültigen Besetzung des Rates der Regierungserklärung zusammen. In der Entscheidung werden die Aussagen des Ministerrats Bränd außerordentlich ungenügend beurteilt. Man hält eine Bränd Erklärung des Ministerrats für den heutigen Abtritt über die Regierungserklärung für durchaus möglich und nicht darauf hin, daß das Kabinett nur mit Rücksicht auf die Genfer Tagung so rasch gebildet worden ist und seinen eigentlichen Zweck erreicht erfüllt hat. In parlamentarischen Kreisen ist die Stimmung ein wenig zweifelhafter. Es wird allerdings ausgegeben, daß die Erklärung der Kammer nur durch massenhafte Stimmenunterstützung gelindert werden könnte. Man dürfte im Verlauf der nächsten Wahlperiode eine scharfe Krise der Regierungspartei auszulösen, selbst wenn es aus dem heutigen entscheidenden Stimmunterschied hervorgeht, daß parlamentarische Elemente sich gegen die Sozialisten und der Rechte nicht regieren können. Überherrschend prognostiziert man aber dem Kabinett eine kurze Existenz.

In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer, die um 4 Uhr begann, leitete dann Brand der Kammer das neue Kabinett vor. Die Sitzung wurde von Brand die dem Ministertrat festgelegt.

**Regierungserklärung**  
Bränd stellte fest, daß er die innere Politik des letzten Kabinetts verfolgen werde. Die Sorge um die Stabilisierung des Budgets sei die Hauptaufgabe der neuen Regierung. Die zur Einsetzung der Finanzen notwendigen Maßnahmen müßten auf dem dem Verlangen der Finanzminister, die in der Kammer gegen den Budget der Finanzen und wirtschaftlichen Fragen entgegenzutreten. Die Frage der Schuldenregelung würde ebenfalls auf der Basis einer geeigneten Finanzwirtschaftsplanung einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden. Zur Aufmerksamkeit übergehend, erklärte Brand, man müsse ungenügend die Rechte der internationalen Vertretungen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zum Zweck des Friedens, wenn man nicht diesen wirtschaftlichen Streitigkeiten unterliegen. Die Genfer Tagung der Völkerbundstaaten wurde dem Völkerbund sehr zu danken. Erfolgreich sei demgegenüber, daß die Versammlung der Völkerbundstaaten nicht ohne Schwierigkeiten und dieser untergeordnet habe. Brand schloß seine Ausführungen mit der Mahnung an alle republikanischen Parteien Frankreichs, geschlossen an das Bestreben der Erhaltung und der Sicherung des Vaterlandes zu gehen.

**Brands Erklärung wurde mit eifrigem Schweigen**  
ausgenommen. Die Kommissionen und einige Abgeordnete lauchten ironisch, als Brand sich setzte. Der Eindruck war offensichtlich ungenügend.

Unmittelbar nach der Erklärung erhielt der Redner der Opposition, Maxime Caron, das Wort zu der Interpellation über die Zusammenfügung des Rates. Er stellte fest, Brand sich mit seinen Erwartungen nach Genf aufgeschlossen und mit leeren Händen zurückgekommen. Das Kabinett hätte auf republikanischer Grundlage aufgebaut werden müssen. Maxime Caron übte scharfe Kritik an der Veranlassung, die die Regierung für die Interpellation über die Regierungserklärung empfing. Brand und nachmals das Wort. Nachdem Urteile über die Verhandlungen machte teilweise die Worte Brands unverständlich. Brand unterbrach schließlich seine Rede und verließ die Rednertribüne. Als er auf einen Vertreters seine Rede verteilten verteilte, wurde er durch ihn eine Interpellation der Kammerpräsidenten erneut erklärt. Brand erklärte, er rufe das Land als Zeugen für solches Verhalten. Der Kammerpräsident führte dazu aus, man müsse sich nicht irritieren lassen, wenn man die Aufgabe des Ministerpräsidenten funktionierte, der in Genf das Land in einer Weise vertrieben habe, für die ihm jeder dankbar sein müßte.

**Der Abgeordnete Arthur Chavale,** wegen seiner Beteiligung an den Vandalen der Frankfurter Ereignisse von der Berliner Staatsanwaltschaft das Untersuchungsverfahren geführt wurde, ist in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht worden. Chavale hatte schon nach seiner Entlassung in das Untersuchungsverfahren Spuren von Selbstmordgedanken gezeigt. Er hatte Selbstmordgedanken und glaubte sich selbst in seiner Welt von Mordern umgeben. Da sein Erregungsgrad sich allzu sehr verschärft hatte, war er schon vor drei Tagen nach Döhrerode gebracht worden, wo er jetzt gestorben ist.





# Große Aussprache im Provinziallandtage

Der Haushaltsplan in der Kritik der Parteien. — Eine bedeutungsvolle Rede des Abg. von Hellberg. — Die Sparmaßnahmen der Deutschenationalen.

(Eigen-Sonder-Beitrag)

Der Provinziallandtag hat am Donnerstag den 18. März den Haushaltsplan für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. März 1923 in der Sitzung des Abg. von Hellberg...

Der Herr Abgeordnete Hellberg hat eine bedeutungsvolle Rede gehalten, in der er auf die finanzielle Lage des Landes und die Notwendigkeit der Sparmaßnahmen eingegangen ist...

Die zweite öffentliche Sitzung eröffnete der Abgeordnete Hellberg, der den Haushaltsplan für das nächste Jahr vorgelegt hat...

Sitzungsbericht. Die zweite öffentliche Sitzung eröffnete der Abgeordnete Hellberg, der den Haushaltsplan für das nächste Jahr vorgelegt hat...

an den Vertreter der Reichsregierung, da er beim Reide nicht immer genügend Verständnis für die Aufgaben der Provinzialverwaltung gefunden hätte...

Lang und breit berichtet er die Finanzen der Provinzialverwaltung und vergleicht damit die Einnahmeverhältnisse der großen Städte, speziell von Magdeburg...

Dann rief er den Provinzialrat zur Sprache, die die staatliche Verpflichtung des Provinzialrates darstellt...

Als zweiter Redner ergreift dann das Wort der Abgeordnete Hellberg, der die finanzielle Lage des Landes und die Notwendigkeit der Sparmaßnahmen eingehend bespricht...

Die Zahlen sind erschreckend hoch, und es ist keine Möglichkeit abzusehen, wo die Bedienung herbeigeholt werden soll...

Die Provinzialverwaltung müssen selbstständig zu erhalten werden. Wenn aber hier von vielen und großartigen Neubauten gesprochen worden ist, so entziehen wir uns keineswegs der Verantwortung...

Wir verlangen eine größere Sparmaßnahme der Provinzialverwaltung als bisher. Wir bitten deshalb den Provinziallandtag, er wolle beschließen: 1. als Provinzialabgabe nur 10,5 Prozent des Einkommens der Grundbesitzer...

4. der Provinziallandtag möge die Erwartung ausdrücken, daß die Provinzialverwaltung mit eigener Kraft in der Lage sein wird, die Kosten der Provinzialverwaltung zu decken...

Alle eingebrachten Anträge werden erst nach der großen Aussprache zur Debatte und Abstimmung gelangen.

(Fortsetzung in der Nachmittagsausgabe)

## Volkswirtschaft

Kollektive Maschinenfabrik und Eigengeierei A.-G. Halle. Die ostpreussische Maschinenfabrikation hat sich im vergangenen Jahre um 12 Prozent bei der Produktion erhöht...

Gesellschaftswerk Kaula, Kaula (D. 2.). Die G. W. betrieb den Wohnungsbau für das Geschäftsjahr 1922/23 mit beachtlichen Ergebnissen...

100. Aktiengeellschaft, Dresden. Gegenüber dem Vorjahr, für das die Gesellschaft einen Reingewinn von 140 035 M. auswies, weist der vorliegende Bericht für das am 30. September 1922 beendete Geschäftsjahr nach 150 528 M. ...

Dresdener Bankgesellschaft A.-G., Dresden. Die o. G. B. genießt die höchste Wertschätzung für das am 31. Dezember 1922 beendete Geschäftsjahr...

### Berliner Devisenkurse

Table with columns for telegraphische Anweisungen, Land, Devisenart, and Kurse. Includes entries for Deutschland Reichsb., Argentinien, Japan, etc.

### Der Herr Reklamationschef

Du weißt, Du, den Herrn Reklamationschef, gar nicht kennen, lieber Herr! Er ist doch auch nicht notwendig, denn du sprichst über Schuld und Zucht bei jeder Gelegenheit...

Wir gut, daß Dillbeus unsern Ereignisraum nicht kannte, er wäre nicht nach Ostpreußen eingereist...

Ein Provinzialrat? Wie aus Neuß berichtet wird, ist in der Welt überaus große Begeisterung über den Provinzialrat...

Dillbeus' Bericht über die Verhältnisse in Ostpreußen, die für die Provinzialverwaltung von großer Wichtigkeit sind...

Die Provinzialverwaltung müssen selbstständig zu erhalten werden. Wenn aber hier von vielen und großartigen Neubauten gesprochen worden ist, so entziehen wir uns keineswegs der Verantwortung...

Dillbeus' Bericht über die Verhältnisse in Ostpreußen, die für die Provinzialverwaltung von großer Wichtigkeit sind...

nach der rheinischen Stadt flossen wird, große Lust auf ein Erfolg haben dürfen. Es sollte indes nicht die früher Einzelprojekte einiger Prominenten, sondern möglichst Gesamtprojekte...

Leffings 'Minna' in der Rheinlandschaft. Leffings' Raupfärber der 'Minna von Barnhelm' wird von der Leffings-Stiftung der Rheinlandschaft in Berlin erworben...

Die Provinzialverwaltung müssen selbstständig zu erhalten werden. Wenn aber hier von vielen und großartigen Neubauten gesprochen worden ist, so entziehen wir uns keineswegs der Verantwortung...

Die Provinzialverwaltung müssen selbstständig zu erhalten werden. Wenn aber hier von vielen und großartigen Neubauten gesprochen worden ist, so entziehen wir uns keineswegs der Verantwortung...

Dillbeus' Bericht über die Verhältnisse in Ostpreußen, die für die Provinzialverwaltung von großer Wichtigkeit sind...

Dillbeus' Bericht über die Verhältnisse in Ostpreußen, die für die Provinzialverwaltung von großer Wichtigkeit sind...

Werbeständige Anleihen

Table of bond yields and prices for various companies and regions, including entries for Anb. Rogowen, B. B. H. K. G. R., and others.

Berliner Schluß- und Rohstoffe.

Am gestrigen Verlauf der Börse zeigte sich die Geschäftstätigkeit in der Gruppe der werbeständigen Anleihen...

Frankfurter Börse.

Ruhig, aber in W. Weinstock liefen die Geschäfte, in denen heute keine Erfolge. Quota 145%, Rend. 104 1/2%.

1 1/2 Fr. nehmte man Gestern 50, Bremen Robert 66, Bern 50, Krüger 66, 1/2 Fr. Der Bekanntheit ist weiter sehr leicht...

Leipziger Börse

Die heutigen Geschäftsbewegungen auf der Leipziger Börse sind im allgemeinen ruhig...

Table of stock prices and market data for Leipzig, including entries for Adm. H. P. B., Adm. H. P. B., and others.

80 Millionen für die neugegründete Deutsche Getreidehandels-gesellschaft G. m. b. H., die am Sonnabend erfolgen soll...

Table of market data for Berlin, including entries for Weizen, Roggen, and other commodities.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 100 Kilo. Drud und Betrag von: Otto Dieck.

Berliner Börse vom 18. März 1926

Large table of stock market data for Berlin on March 18, 1926, listing various stocks and their prices.

Weitere Berliner Kurse.

Table of additional Berlin market data, including entries for Di. Werth, A. 6%, and other financial instruments.